BESCHLUSSEMPFEHLUNG UND BERICHT

des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur (7. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/2230 -

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes

A. Problem

Die Länder haben sich in der Konferenz der Kultusminister (KMK) darauf verständigt, zügig eine bundesweite Anerkennungsregelung für Absolventinnen und Absolventen eines Lehramtsstudiums zu schaffen, um einen bundeseinheitlichen Lehrerarbeitsmarkt zu gewährleisten. Diese Übereinkunft in der KMK muss nunmehr in Landesrecht umgesetzt werden. Des Weiteren sieht das Lehrerlaufbahnrecht (Laufbahnverordnung für die Fachrichtung Bildungsdienst) Möglichkeiten des Erwerbs einer Lehrbefähigung vor, die bisher im Lehrerbildungsgesetz nicht enthalten sind. Zur Herstellung der notwendigen Regelungskonsistenz sind nunmehr erweiterte Regelungen zum Erwerb einer Lehrbefähigung in das Lehrerbildungsgesetz aufzunehmen. Ein weiterer Anpassungsbedarf ergibt sich durch geplante Änderungen des Bewerbungsverfahrens für den Vorbereitungsdienst. Mit den bisherigen Regelungen für das Bewerbungsverfahren konnten die zukünftigen Lehrerersatzbedarfe der Schulen nur unzureichend gedeckt werden. Durch eine Häufung von Bewerbungen für bestimmte Fächer kam es zu Schwierigkeiten bei der Absicherung der Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter oder Referendarinnen und Referendare. Die zeitlichen Abläufe waren sehr knapp kalkuliert. Hinsichtlich der Ermittlung der Kapazitätsgrenzen für den Vorbereitungsdienst kam es zu unterschiedlichen Bewertungen, sodass hier eine präzisierende Klärung erforderlich wurde.

B. Lösung

Mit dem Gesetzentwurf soll die Möglichkeit des Erwerbs der Lehrbefähigung durch Bewährung geschaffen werden. Außerdem erfolgt die weitest mögliche Öffnung bei der Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen und damit von Zugangsberechtigungen zum Vorbereitungsdienst beziehungsweise zum öffentlichen Schuldienst des Landes. Es wird die Option der Ergänzung einer bereits erworbenen Lehrbefähigung durch weitere Lehrämter eröffnet und die Verpflichtung von Schulen und Lehrkräften zur Ausbildung im Vorbereitungsdienst festgeschrieben. Weitere Änderungen dienen zum einen der Präzisierung, zum Beispiel bei der Aufgabenbeschreibung des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern und bei den Zulassungsbeschränkungen für den Vorbereitungsdienst. Des Weiteren soll eine Flexibilisierung bei den Einstellungsterminen in den Vorbereitungsdienst dahingehend, dass Ausbildungs- und Schuljahresbeginn zeitlich zusammenfallen, erreicht werden.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuss**C. Alternativen**

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Landtag möge beschließen,

den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/2230 in der aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Schwerin, den 4. Dezember 2013

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Torsten Renz

Stellv. Vorsitzender und Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes mit den Beschlüssen des Bildungsausschusses (7. Ausschuss)*)

ENTWURF	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1 Änderung des Lehrerbildungsgesetzes	Artikel 1 Änderung des Lehrerbildungsgesetzes
Das Lehrerbildungsgesetz vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 391) wird wie folgt geändert:	Das Lehrerbildungsgesetz vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 391) wird wie folgt geändert:
	1. § 1 Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
	„Das Land legt mindestens einmal alle fünf Jahre eine schulart- und fächer-spezifische Lehrerbedarfsplanung mit einer Planungsperiode von mindestens 15 Jahren als Grundlage für die Ausbildungsplanung vor.“
1. § 2 wird wie folgt gefasst:	2. § 2 wird wie folgt gefasst:
„§ 2 Organisation der Lehrerbildung	„§ 2 Organisation der Lehrerbildung
(1) Die Lehrerbildung umfasst das Studium für ein Lehramt (Erste Phase), den Vorbereitungsdienst (Zweite Phase) sowie die Fort- und Weiterbildung (Dritte Phase). Die Phasen der Lehrerbildung sind aufeinander bezogen und stellen eine Einheit dar.	(1) unverändert

*) Die vom Bildungsausschuss gegenüber

- dem Text des Gesetzentwurfes der Landesregierung beschlossenen Änderungen und Streichungen sind in der linken Spalte durch Unterstreichung gekennzeichnet, während die jeweilige Neufassung des Textes in der rechten Spalte durch Fettdruck hervorgehoben wird.
- den Überschriften des Gesetzentwurfes der Landesregierung erfolgten Änderungen sind in der rechten Spalte durch Unterstreichung gekennzeichnet.

ENTWURF**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

- (2) Das Studium für ein Lehramt wird an den Universitäten und an der Hochschule für Musik und Theater durchgeführt. Es kann für das Lehramt an beruflichen Schulen auch in Kooperation mit Fachhochschulen erfolgen, sofern die Ausbildung an den Universitäten nicht vorgehalten wird oder quantitativ nicht geleistet werden kann. Das Studium wird mit der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt abgeschlossen. Für das Lehramt an beruflichen Schulen kann ein an einer Universität erworbener Masterabschluss die Erste Staatsprüfung ersetzen. In diesem Fall gelten die Anforderungen, die den Aufbau und den Ablauf des Studiums gemäß den §§ 4 bis 8 dieses Gesetzes betreffen, nicht. § 6 Absatz 1 Nummer 5 bleibt unberührt. (2) unverändert
- (3) Zu einem Masterstudium für das Lehramt an beruflichen Schulen werden auch Meister oder hinsichtlich ihrer Ausbilder-eignung vergleichbar Qualifizierte mit mindestens fünfjähriger Berufs- und Ausbildungserfahrung nach einer entsprechenden Eingangsprüfung zugelassen. Die entsprechende Eingangsprüfungs-, Studien- und Prüfungsordnung ist durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu genehmigen. (3) unverändert
- (4) Der Vorbereitungsdienst wird vom Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern in Kooperation mit den Schulen durchgeführt und mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen. Durch das Bestehen der Ersten und Zweiten Staatsprüfung wird die Lehrbefähigung für ein Lehramt nach § 6 erworben. (4) unverändert

ENTWURF

(5) Die Lehrbefähigung für ein Lehramt nach § 6 kann auch erworben werden durch eine hauptberufliche, den Studienfächern entsprechende Tätigkeit von mindestens fünf Jahren als Lehrkraft an einer öffentlichen Schule oder einer Schule in freier Trägerschaft im Anschluss an ein mit einem Mastergrad oder einem vergleichbaren Abschluss abgeschlossenes anderes Hochschulstudium als ein Lehramtsstudium, wenn aus dem Abschluss zwei Fächer des entsprechenden Lehramtes abgeleitet werden können. Den Erwerb der Lehrbefähigung stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Schulleitung fest und kann, soweit im Einzelfall erforderlich, zusätzliche pädagogische Qualifizierungsmaßnahmen festlegen. Die mindestens fünfjährige hauptberufliche Tätigkeit als Lehrkraft kann durch einen berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst ersetzt werden. Diese Regelung findet sinngemäß auch auf Absolventinnen und Absolventen mit Lehramtsabschluss Anwendung, die ein anderes Lehramt erwerben wollen.

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

(5) Die Lehrbefähigung für ein Lehramt nach § 6 kann auch erworben werden durch eine hauptberufliche, den Studienfächern entsprechende Tätigkeit von mindestens fünf Jahren als Lehrkraft an einer öffentlichen Schule oder einer Schule in freier Trägerschaft im Anschluss an ein mit einem Mastergrad oder einem vergleichbaren Abschluss abgeschlossenes anderes Hochschulstudium als ein Lehramtsstudium, wenn aus dem Abschluss zwei Fächer des entsprechenden Lehramtes abgeleitet werden können. Den Erwerb der Lehrbefähigung stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur **unter anderem auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Schulleitung fest, die diese insbesondere durch Unterrichtsbesuche gewonnen hat. Soweit im Einzelfall, insbesondere bei neu eingestellten Lehrkräften, erforderlich, können zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen festgelegt werden. Die berufsbegleitende Qualifizierung erfolgt in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung auf der Grundlage eines die Standards der Lehrerbildung berücksichtigenden Ausbildungskonzepts. Die Schulen sind verpflichtet, die Qualifizierung zu unterstützen und zu begleiten**. Die mindestens fünfjährige hauptberufliche Tätigkeit als Lehrkraft kann durch einen berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst ersetzt werden. Diese Regelung findet **in Verbindung mit Absatz 6** sinngemäß auch auf Absolventinnen und Absolventen mit Lehramtsabschluss Anwendung, die ein anderes Lehramt erwerben wollen.

ENTWURF

(6) Soweit für die Besetzung einer Stelle keine Lehrkraft mit einer Lehramtsbefähigung zur Verfügung steht, kann zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für Personen, die über ein Hochschulstudium mit nur einem Fach gemäß Absatz 5 Satz 1 oder über keinen Hochschulabschluss verfügen, ein besonderes Verfahren zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation durchgeführt werden. Voraussetzung hierfür ist eine mindestens achtjährige hauptberufliche Lehrtätigkeit. Die berufsbegleitende Qualifizierung erfolgt in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung auf der Grundlage eines die Standards der Lehrerbildung berücksichtigenden Ausbildungskonzepts. Den Erwerb der Lehrbefähigung stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Schulleitung fest. Wer die einem Lehramt gleichgestellte Qualifikation erwirbt, erlangt zugleich auch die dem jeweiligen Lehramt entsprechende Befähigung für die Laufbahnen der Fachrichtung Bildungsdienst.

(7) Der Erwerb der Lehrbefähigung als Lehrerin oder Lehrer für Fachpraxis sowie Fachlehrerin oder Fachlehrer an beruflichen Schulen bestimmt sich nach der Lehrerlaufbahnverordnung.

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

(6) Soweit für die Besetzung einer Stelle keine Lehrkraft mit einer Lehramtsbefähigung zur Verfügung steht, kann zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für Personen, die über ein Hochschulstudium mit nur einem Fach gemäß Absatz 5 Satz 1 oder keinen Hochschulabschluss verfügen, ein besonderes Verfahren zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation durchgeführt werden. Voraussetzung hierfür ist **grundsätzlich** eine mindestens **siebenjährige** hauptberufliche Lehrtätigkeit, **im Falle von Personen ohne Hochschulabschluss eine mindestens zehnjährige hauptberufliche Lehrtätigkeit. Soweit im Einzelfall, insbesondere bei neu eingestellten Lehrkräften, erforderlich, können zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen festgelegt werden.** Die berufsbegleitende Qualifizierung erfolgt in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung auf der Grundlage eines die Standards der Lehrerbildung berücksichtigenden Ausbildungskonzepts. **Die Schulen sind verpflichtet, die Qualifizierung zu unterstützen und zu begleiten.** Den Erwerb der Lehrbefähigung stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur **unter anderem** auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Schulleitung fest, **die diese insbesondere durch Unterrichtsbesuche gewonnen hat.** Wer die einem Lehramt gleichgestellte Qualifikation erwirbt, erlangt zugleich auch die dem jeweiligen Lehramt entsprechende Befähigung für die Laufbahnen der Fachrichtung Bildungsdienst.

(7) unverändert

ENTWURF

(8) Die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen werden in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern und der Schulen im Land durchgeführt. Das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung berät und unterstützt diese Arbeit konzeptionell.“

2. § 3 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Es sichert die ordnungsgemäße und inhaltlich an Qualitätsstandards ausgerichtete Ausbildung, die Durchführung der Zweiten Staatsprüfungen durch das Lehrerprüfungsamt sowie die Beratung und Anleitung der an der Ausbildung beteiligten Schulen.“

3. § 4 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„Die von den Hochschulen beschlossenen Prüfungs- und Studienordnungen auf der Grundlage der Lehrerprüfungsverordnung sind dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur anzuzeigen. Widerspricht das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht innerhalb von drei Monaten, gelten die Prüfungs- und Studienordnungen als genehmigt.“

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

(8) Die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen werden in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung berät und unterstützt diese Arbeit. **Die nähere Ausgestaltung des Verfahrens der Qualifizierung gemäß den Absätzen 5 und 6, insbesondere zu Zulassung und Auswahl der zu qualifizierenden Beschäftigten sowie zur Prüfung des Qualifizierungserfolges erfolgt durch Rechtsverordnung auf Grundlage des § 20 Absatz 2 Nummer 3.**“

3. unverändert

4. § 4 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die von den Hochschulen **im Benehmen mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung** beschlossenen Prüfungs- und Studienordnungen auf der Grundlage der Lehrerprüfungsverordnung sind dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur anzuzeigen. Widerspricht das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht innerhalb von drei Monaten, gelten die Prüfungs- und Studienordnungen als genehmigt.“

ENTWURF

4. § 5 Absatz 6 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

(6) „Medienpädagogische und sozialpädagogische Gesichtspunkte sind in den Bildungswissenschaften zu berücksichtigen.“

5. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Satz 3 wird die Angabe „22“ durch die Angabe „21“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 Satz 3 wird die Angabe „22“ durch die Angabe „21“ ersetzt.

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

5. § 5 **Absätze 5 und 6** werden wie folgt gefasst:

„(5) **Alle vorgehaltenen Studienfächer im Lehramt an Gymnasien und im Lehramt an Regionalen Schulen müssen als gleichberechtigtes Erst- und Zweitfach studierbar sein. Die lehrerbildenden Hochschulen stellen sicher, dass alle Lehramtsstudienfächer auch als Beifächer studiert werden können. Über begründete Ausnahmen entscheidet auf Antrag das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Unbeschadet von Absatz 2 können Lehramtsstudierende im Rahmen der vorhandenen Hochschulkapazitäten mehr als die zwingend vorgeschriebene Anzahl von Unterrichtsfächern oder Lernbereichen studieren.**

(6) **In allen Lehrämtern sind die bildungswissenschaftlichen und praktischen Anteile grundsätzlich unter Berücksichtigung des Leitbildes der Inklusion auszugestalten. Sozialpädagogische und medienpädagogische Gesichtspunkte, einschließlich des Datenschutzes, sind in den Bildungswissenschaften zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollen Angebote für Sprecherziehung, Politische Bildung oder Politische Philosophie vorgehalten werden.“**

6. § 6 wird wie folgt geändert:

a) unverändert

ENTWURF

- cc) Nummer 2 Buchstabe d und Nummer 3 Buchstabe d werden aufgehoben.
- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
- „(2) Sofern im Studium für das Lehramt für Sonderpädagogik an Stelle des allgemeinbildenden Fachs der Bereich Grundschulpädagogik, der aus dem Studium der Fächer Deutsch und Mathematik für die Grundschule besteht, gewählt wird, wird den Absolventinnen und Absolventen mit dem Erwerb der Lehrbefähigung im Anschluss an einen erfolgreich absolvierten Vorbereitungsdienst eine Unterrichtserlaubnis erteilt, die sie zum Unterricht an Grundschulen im Land berechtigt.“
- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:
- „(3) Sofern das Land darüber hinaus einen entsprechenden Bedarf geltend macht, bieten die Hochschulen in der Ersten Phase die Möglichkeit an, durch ergänzende Module die Lehrbefähigung oder die Unterrichtserlaubnis für ein weiteres Lehramt zu erwerben.“
- d) Nach dem neuen Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

- b) unverändert
- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:
- „(3) Sofern das Land darüber hinaus einen entsprechenden Bedarf geltend macht, bieten die Hochschulen **in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung** in der Ersten Phase die Möglichkeit an, durch ergänzende Module die Lehrbefähigung oder die Unterrichtserlaubnis für ein weiteres Lehramt zu erwerben.“
- d) unverändert

ENTWURF

„(4) Bei entsprechender Bedarfslage besteht auch die Möglichkeit, im Zuge einer berufsbegleitenden Qualifizierung eine bereits erworbene Lehrbefähigung um ein Lehramt zu erweitern. Diese Qualifizierung erfolgt in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung auf der Grundlage eines Ausbildungskonzepts.“

e) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5.

6. In § 7 Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Die Gestaltung kann auch als Langzeitpraktikum erfolgen.“

7. § 9 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Jede Schule, der eine Lehramtsanwärterin oder ein Lehramtsanwärter oder eine Referendarin oder ein Referendar zugewiesen wird, ist zur Ausbildung verpflichtet und hat diese durch ihr pädagogisches Personal sicherzustellen. Die Ausbildung erfolgt grundsätzlich durch Lehrkräfte, die die Befähigung für das entsprechende Lehramt erworben haben.“

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

e) unverändert

7. unverändert

8. § 9 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Jede Schule, der eine Lehramtsanwärterin oder ein Lehramtsanwärter oder eine Referendarin oder ein Referendar zugewiesen wird, ist zur Ausbildung verpflichtet und hat diese durch ihr pädagogisches Personal sicherzustellen. Die Ausbildung **soll** durch Lehrkräfte **erfolgen, die in den betreffenden Fächern** die Befähigung für das entsprechende Lehramt erworben haben **und über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung verfügen.**“

b) unverändert

ENTWURF

8. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die fachlichen Zugangsvoraussetzungen zum Vorbereitungsdienst für ein Lehramt erfüllt, wer das für das betreffende Lehramt nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz vorgesehene Studium mit einer Ersten Staatsprüfung beziehungsweise einer gleichgestellten lehramtsbezogenen Hochschulprüfung oder einem auf dieses Lehramt bezogenen Mastergrad abgeschlossen hat. Dies betrifft auch Bewerberinnen und Bewerber mit einem Meisterabschluss, die gemäß § 2 Absatz 3 ein Masterstudium absolviert haben. Ein Bachelorabschluss gilt dabei grundsätzlich nicht als einer Ersten Staatsprüfung gleichwertig.“

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Der Zugang zum Vorbereitungsdienst wird gewährleistet, soweit die Ausbildung in den entsprechenden Fächern und Lehrämtern vorgesehen ist.“

c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

9. unverändert

ENTWURF

9. § 11 wird wie folgt gefasst:

**„§ 11
Zulassungsbeschränkungen**

Für den Vorbereitungsdienst können durch Rechtsverordnung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Zulassungsbeschränkungen wegen Erschöpfung der tatsächlichen Ausbildungskapazitäten oder für den Fall geregelt werden, dass die bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben des Haushaltsplans zur Verfügung stehenden Stellen und Mittel nicht ausreichen. Dabei können insbesondere die Zahl der zu besetzenden Ausbildungsplätze je Lehramt, das Zulassungsverfahren einschließlich der Gewichtung der einzelnen Auswahlkriterien, Vorgaben zur Berücksichtigung von Fächern mit einem besonderen öffentlichen Bedarf, die Anerkennung von Boni bei der Bewertung der Eignung und Leistung der Bewerberinnen und Bewerber, bereits geleistete Unterrichtstätigkeiten an einer Schule im Sinne des Schulgesetzes sowie Kriterien für die Berücksichtigung der Wartezeit und besonderer Härtefälle geregelt werden. Die Lehrerbedarfsplanung des Landes ist zu berücksichtigen.“

10. § 12 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Einstellungen in den Vorbereitungsdienst erfolgen grundsätzlich zu Beginn des Schuljahres sowie zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres.“

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

10. unverändert

11. unverändert

ENTWURF**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

11. § 14 wird wie folgt geändert:

12. unverändert

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Eine in einem anderen Land in der Bundesrepublik Deutschland nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz erworbene Befähigung zu einem Lehramt gilt als Befähigung zu einem Lehramt im Sinne dieses Gesetzes.“

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die Hochschulen erkennen Studien- und Prüfungsleistungen an. Nur sofern die Studien- und Prüfungsleistungen wesentlich voneinander abweichen, dürfen die Hochschulen in begründeten Ausnahmefällen die Anerkennung verweigern. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur kann der verweigten Anerkennung aus sachlichen Gründen widersprechen.“

c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

12. § 19 Absatz 1 Satz 3 wie folgt gefasst:

13. unverändert

„Die Weiterbildungen werden bei vorliegendem Interesse des Landes im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch geeignete Maßnahmen unterstützt.“

ENTWURF

13. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

„Die Hochschulen regeln durch Satzung das Nähere zur Mitgliedschaft, zur inneren Organisation und zur Leitungsstruktur des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung; die Universität Rostock verfügt im Direktorium über fünf, die Universität Greifswald über drei, alle anderen an der Lehrerbildung beteiligten Hochschulen über je eine Stimme.“

- b) In Absatz 2 Nummer 2 wird folgender Buchstabe a) eingefügt:

„der Altersgrenze für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst im Beamtenverhältnis auf Widerruf,“

- c) Absatz 3 wird aufgehoben.
d) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die Absätze 3 und 4.

14. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) Die Absätze 1 und 2 werden aufgehoben.

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

14. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt **gefasst**:

„(1) Die Hochschulen regeln durch Satzung das Nähere zur Mitgliedschaft, zur inneren Organisation und zur Leitungsstruktur des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung **und stellen die personelle Mindestausstattung sicher**; die Universität Rostock verfügt im Direktorium über fünf, die Universität Greifswald über drei, alle anderen an der Lehrerbildung beteiligten Hochschulen über je eine Stimme. **Bei Stimmgleichheit entscheidet, mit Ausnahme von Angelegenheiten des § 3 Absatz 2 Ziffer 3, das mehrheitliche Votum der Vertreterinnen und Vertreter der Universität Rostock. Die Satzung bedarf der Zustimmung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.**“

- b) unverändert

- c) unverändert

- d) unverändert

15. unverändert

ENTWURF

- b) Absatz 3 wird Absatz 1 und wie folgt gefasst:

„(1) Studierende für ein Lehramt, die ihr Studium vor der zum Wintersemester 2012/13 erfolgten Einführung der neuen Lehrämter begonnen haben, können ihr Studium einschließlich der Ersten Staatsprüfung nach den bislang geltenden Bestimmungen der Lehrerprüfungsverordnung vom 7. August 2000 in der jeweils geltenden Fassung beenden.“

- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 2.

Artikel 2**Bekanntmachungserlaubnis**

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur kann den Wortlaut des Lehrerbildungsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern bekannt machen.

Artikel 3**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

**Beschlüsse
des 7. Ausschusses**

Artikel 2 unverändert

Artikel 3 unverändert

Bericht des Abgeordneten Torsten Renz

I. Allgemeines

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/2230 in der 50. Sitzung am 9. Oktober 2013 beraten und an den Bildungsausschuss überwiesen.

Der Bildungsausschuss hat den Gesetzentwurf in seinen Sitzungen am 2. Oktober 2013, am 6. November 2013, am 27. November 2013 und abschließend am 3. Dezember 2013 beraten.

In seiner 37. Sitzung am 2. Oktober 2013 hat der Bildungsausschuss auf Antrag der Fraktion DIE LINKE beschlossen, zum Lehrerbildungsgesetz vorbehaltlich der Überweisung durch den Landtag eine Anhörung durchzuführen. Diese hat am 6. November 2013 stattgefunden.

In seiner 44. Sitzung am 3. Dezember 2013 hat der Bildungsausschuss den Gesetzentwurf abschließend beraten und die Beschlussempfehlung mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abwesenheit der Fraktion der NPD angenommen.

II. Wesentliche Ergebnisse der öffentlichen Anhörung

Der Bildungsausschuss hat beschlossen, folgende Sachverständige zu hören: das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung an der Universität Rostock (ZLB), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, den Verband Bildung und Erziehung Mecklenburg-Vorpommern (VBE), die Schulleitervereinigung Mecklenburg-Vorpommern, die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Wolfgang von Rechenberg, Dezernat Kirchliche Handlungsfelder, Frau Prof. Dr. Sigrid Blömeke, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät, Abt. Systematische Didaktik und Unterrichtsforschung, den Philologenverband Mecklenburg-Vorpommern sowie den Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen.

Frau Dr. Blömeke, die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern, Herr Wolfgang von Rechenberg sowie der Philologenverband haben dem Bildungsausschuss lediglich eine schriftliche Stellungnahme zugesandt und mitgeteilt, dass sie aus zeitlichen Gründen nicht persönlich an der Anhörung teilnehmen könnten.

Der Prorektor der Universität Greifswald hat dem Bildungsausschuss unaufgefordert eine Stellungnahme zum Lehrerbildungsgesetz zukommen lassen.

Die Schulleitervereinigung Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen haben aus zeitlichen Gründen keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, eine Stellungnahme zum Lehrerbildungsgesetz abzugeben.

1. Seiteneinsteiger

Seitens der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist betont worden, Regelungen zum Seiteneinstieg müssten zwingend die Balance zwischen Lehrkräftesicherung, Qualität von Bildungsprozessen und der dafür notwendigen Qualität der Lehrerbildung sowie der Wertschätzung und Anerkennung der bisherigen Fachkräfte finden. Die GEW erkenne an, dass dringend fähige und jüngere Lehrkräfte für die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern benötigt würden, allerdings sei aus Sicht der GEW das im Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Lehrbildungsgesetzes skizzierte Verfahren und dessen Bedingungen zur Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern nicht geeignet, die Standards der KMK zu erfüllen. Fehlende Qualifikation sorge nachhaltig für eine Überlastung aller Lehrkräfte und für mangelnde Bildungsqualität. Die Sicherung der Qualität der Lehrkräfte in den Schulen von Mecklenburg-Vorpommern könne nur über eine im Wesentlichen den Standards der regulären Lehrerbildung mit dem 1. und 2. Staatsexamen entsprechende Ausbildung gewährleistet werden. Vor diesem Hintergrund müsse der fachwissenschaftliche, fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Bedarf zur Nachqualifizierung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger jeweils im Einzelfall ausgehend von den Standards der Lehrerbildung bestimmt werden und ein entsprechendes berufsbegleitendes Qualifizierungsprogramm, das auf den Erwerb der fehlenden Staatsexamina ziele, konzipiert und durch das Land verpflichtend angeboten werden. Eine Beschränkung nur auf bildungswissenschaftliche und/oder fachdidaktische Kompetenzen könne zwar im Einzelfall nach Prüfung der mitgebrachten Kompetenzen ausreichend sein, sei aber als grundsätzliche Perspektive ausgeschlossen. Da Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zur Absicherung des Unterrichtsbedarfes gebraucht würden, müssten sie einerseits genügend Freistellung vom Unterricht erhalten, um die Anforderungen der Nachqualifizierung erfüllen zu können, und andererseits müsse der Zeitraum, in dem die berufsbegleitende Qualifizierung absolviert werden müsse, entsprechend den Ausbildungsbedingungen mehrere Jahre umfassen. Eine schulische Begleitung durch vorab fortgebildete Mentorinnen und Mentoren sei dringend geboten. Die entsprechenden Lehrkräfte müssten dafür über Anrechnungsstunden, die über die für die Begleitung von Referendarinnen und Referendaren festgelegten Bedarfe hinausgehen, zeitlich in die Lage versetzt werden. Die genaue Zahl der Abminderungsstunden hänge vom Nachqualifizierungsbedarf der Seiteneinsteigerin oder des Seiteneinsteigers ab. Die Nachqualifizierung und die dazugehörigen Prüfungen sollten entsprechend der gemeinsamen Verantwortung der Hochschulen (zusammengeschlossen im ZLB) und des IQ M-V für die Qualität der im Gesetz bisher phasenübergreifend angelegten Lehrerbildung gemeinsam von Expertinnen und Experten der ersten und zweiten Phase gestaltet und entwickelt werden und den besonderen Bedingungen des Seiteneinstiegs Rechnung tragen. Dabei seien auch hier die Standards der Lehrprüfungsverordnung und der Lehrervorbereitungsdienstverordnung maßgeblich. Vor diesem Hintergrund finde die Anzahl der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger an den einzelnen Schulen auch dort ihre Grenzen, wo an der Schule nicht genügend mentorierende Lehrkräfte zur Verfügung stünden.

Die Vertreterin des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung stellte dar, die pädagogisch fachdidaktische Ausbildung und die schulpraktischen Studien, die auf eine Reflexion praktischer Erfahrungen vor dem Hintergrund theoretisch-konzeptionellen Wissens ziele, bilde das Herzstück der professionellen Lehrerausbildung. Eine Lehrkraft ohne eine solche Ausbildung und die damit einhergehenden Möglichkeiten, praktische Erfahrungen ohne Handlungsdruck mit professioneller Anleitung zu reflektieren, unterrichten zu lassen, sei pädagogisch nicht vertretbar.

Der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst könne, wenn er mit einer umfänglichen Freistellung und intensiven Begleitung einhergehe, negative Effekte abmildern, die Ausbildung durch ein Studium aber nicht ersetzen, da er andere Lernbedingungen, Inhalte und Ziele habe. Die Länge der Schulerfahrung sei eher nebensächlich, wichtiger sei die Art und Weise der Nachqualifizierung. Sie sollte verpflichtend für das Land und die Seiteneinsteigerin bzw. den Seiteneinsteiger sein und die Standards der Lehrerbildung erfüllen. Die Standards der Lehrerbildung seien die, die im § 1 des Gesetzentwurfes festgeschrieben seien. Es müsse allerdings hinterfragt werden, ob diese Standards mit dem vorgelegten Gesetzentwurf erfüllt würden. Umfang und Inhalte der Qualifikation von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern müssten sich an der grundständigen Ausbildung orientieren. Die Prüfungsformate müssten sich ebenfalls an den Staatsexamina orientieren. Organisatorisch könnte das ZLB diesen Prozess in Kooperation mit dem IQ M-V absichern. Für die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger müssten Abminderungsstunden im Umfang von mindestens ein bis zwei Tagen gewährt werden. Je nach Einsatz der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sollte pro Fach eine Mentorin oder ein Mentor für mehrere Stunden wöchentlich zur Verfügung stehen. Für die Beurteilung der Tätigkeit von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger müssten Experten beider Phasen befragt werden. Für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne Hochschulabschluss bestehe mit Blick auf die konsequente Einhaltung der Standards nur die Möglichkeit eines kompletten Studiums mit vorheriger Zugangsprüfung. Über die Anerkennung mitgebrachter Kenntnisse und Kompetenzen in einem oder in beiden Fächern und damit über die Verkürzung der Regelstudienzeit müssten auch in diesem Zusammenhang die jeweiligen Expertinnen und Experten der ersten Phase befinden.

Der Vertreter des Verbandes Bildung und Erziehung vertrat ebenfalls die Auffassung, dass die im Lehramtsstudium gelehrt Inhalte nicht allein durch eine Tätigkeit in der Praxis – egal ob sie fünf oder acht Jahre andauere – erworben werden könnten. Vor diesem Hintergrund müssten für Seiteneinsteiger Qualifizierungsmaßnahmen mit fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Inhalten verpflichtend sein. Hinsichtlich der inklusiven Beschulung fehlten Seiteneinsteigern vor allem auch diese wichtigen Inhalte. Für diese Nachqualifizierung seien Anrechnungsstunden zwingend erforderlich. Zudem fehle im Gesetzentwurf die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen.

Prof. Dr. Sigrid Blömeke, Humboldt-Universität zu Berlin, stellte fest, das Bemühen um die Sicherung der Unterrichtsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern sei im Gesetzentwurf deutlich zu erkennen. In fachwissenschaftlicher Hinsicht könnten die von der KMK formulierten Standards im Rahmen der vorgesehenen Regelungen vermutlich erreicht werden. Anders sehe dies in Bezug auf die fachdidaktische und pädagogisch-psychologische Qualifizierung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie im Hinblick auf eine systematische Verknüpfung von Theorie und Praxis aus. Hier bestehe eine große Gefahr, ohne weitere Anstrengungen hinter den Anforderungen zurückzubleiben. Umfang und Inhalte der Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern müssten sich mindestens an den Vorgaben für die grundständige Ausbildung orientieren, wobei bereits in Bezug auf diese festgehalten werden müsse, dass im internationalen Vergleich nur durchschnittliche Ergebnisse erzielt würden. Die Organisation der Qualifizierung könne durchaus berufsbegleitend erfolgen. Da Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger typischerweise bereits andere berufliche Karrieren hinter sich hätten und somit notgedrungen älter als grundständig ausgebildete Lehrpersonen seien, bestehe in den Altersgrenzen für die Aufnahme in das Beamtenverhältnis ein mögliches Problem, um hinreichend qualifizierte Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zu finden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern in Mecklenburg-Vorpommern hielt weitere Zusatzqualifikationen neben der Meisterqualifikation zur Aufnahme eines Masterstudiums für das Lehramt an beruflichen Schulen für nicht erforderlich, da die Ausbildung und Führung von Menschen bereits mit der Meisterausbildung umfangreich nachgewiesen sei und in der Berufspraxis im Handwerk tagtäglich gelebt werde.

Der Landeskirchliche Beauftragte für Landtag und Landesregierung brachte zum Ausdruck, der Gesetzentwurf enthalte stärkende Elemente für eine fachgerechte Unterrichtsversorgung und Schritte zu einer angemessenen Vergütungsstruktur. Enthalten sei außerdem die Öffnung für Anwärter mit einer Meisterqualifikation, die als Quereinsteiger eine gewinnbringende multiperspektivische Mischung von Lehrerkollegien in Schulen befördern könne.

Der Philologenverband Mecklenburg-Vorpommern hingegen betonte, Qualität von Schule hänge im Wesentlichen von der Qualität der Lehrenden ab. Reine Fachwissenschaftler seien nicht automatisch gute Vermittler, denn Wissen haben und Wissen vermitteln können sei nicht automatisch das Gleiche. Vor diesem Hintergrund lehne der Philologenverband die Einstellung von Seiteneinsteigern unter dem Gesichtspunkt der Zuerkennung von Lehrbefähigungen nach fünfjähriger Tätigkeit ab. Das führe zur Disqualifikation eines Lehramtsstudiums mit anschließendem Referendariat.

2. Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung

Aus Sicht der GEW habe sich vor dem Hintergrund der bundesweiten Forderung nach einer stärkeren Verzahnung der Studienbestandteile und der stärkeren Sichtbarmachung der Lehrerbildung an den Hochschulen die Arbeit des ZLB bewährt. Bedauerlich sei, dass die personelle und strukturelle Stärkung des landesweiten Zentrums in den vergangenen Jahren politisch nicht vorangetrieben worden sei. Die in der Gesetzesnovelle angedachten Änderungen schwächten neben diesem grundsätzlichen Problem die Stellung des ZLB. Die Hochschulen würden aus der Verantwortung entlassen, das Zentrum auskömmlich zu finanzieren.

Die Vertreterin des ZLB führte aus, das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung sei die Einrichtung, in der sich alle an den Hochschulen in der Lehrerbildung tätigen Expertinnen und Experten organisierten und ihre Expertise bündelten. Da Konzepte der Nachqualifizierung und der Fortbildung aus der Perspektive der phasenübergreifenden Professionalisierung, wie sie im Lehrerbildungsgesetz als zentraler Modus festgeschrieben sei, immer an der ersten Phase ansetze, sei die Streichung wie sie in § 6 Absatz 2 und 3 vorgesehen sei, nicht nachvollziehbar und inhaltlich abzulehnen. Bei Universitäten und Hochschulen handle es sich um Forschungseinrichtungen, deren primäres Ziel nicht die Lehrerbildung sei. Die Aufgabe der Zentren für Lehrerbildung bestehe darin, zu koordinieren und zwischen den verschiedenen Fachbereichen zu vermitteln. Sie sorgten dafür, dass die Fachausbildung, die fachdidaktische Ausbildung und die pädagogisch psychologische Ausbildung koordiniert stattfänden. Bedauerlicherweise werde die Funktion des ZLB mit vorliegendem Gesetzentwurf massiv geschwächt.

Prof. Dr. Sigrid Blömeke betonte, ein Zentrum für Lehrerbildung müsse über eine hinreichende Infrastruktur in Form von Personal und Sachmittel sowie über hinreichende Regelungsmöglichkeiten an den Belangen der Lehrerausbildung im Verhältnis zu den Fakultäten verfügen. Dies schließe beispielsweise eine Teilnahme an den Berufungsverfahren von Professuren im Bereich der Lehrerausbildung ein. Andere Bundesländer hätten hier vorbildliche Modelle entwickelt.

3. Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren

Die Vertreterin der GEW erklärte, die Ausbildung im Referendariat könne nur durch eine fortgebildete und fachlich einschlägige Begleitung erfolgen, weil nur so das Erlernen von unterrichtlichen Fähigkeiten möglich sei.

Die Vertreterin des ZLB ergänzte, die auch vom ZLB als notwendig erachtete Mentorenschulung schließe den sofortigen Einsatz von Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern als Mentorinnen und Mentoren aus.

Der Vertreter des VBE stellte fest, um in der Lehrerausbildung tätig zu sein, sollte man schon eine entsprechende Berufspraxis vorweisen können. In der Regel sollte man erst nach einer fünfjährigen Tätigkeit, die als eigene Lernzeit benötigt werde, für die Lehrerausbildung zur Verfügung stehen. Diese Zeit sei z. B. erforderlich, um entsprechend der Schulart alle Klassenstufen ausreichend durchlaufen zu können. Ein Gesamtüberblick über die Curricula aller Klassenstufen durch die eigene Tätigkeit sei erforderlich, um erfolgreich Referendare betreuen zu können.

Auch Prof. Dr. Sigrid Blömeke hält es für selbstverständlich, dass Mentorinnen und Mentoren für die Ausbildung von Lehrpersonen zum einen über einige Jahre Berufserfahrung verfügen und zum andern über zusätzliche Qualifikationen in der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sollte es sich unter fachlichen, fachdidaktischen und pädagogisch-psychologischen Gesichtspunkten um besonders herausragende Lehrkräfte handeln.

4. Inklusion

Aus Sicht der GEW müsse Inklusion auch in der Ausbildung von Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrern eine größere Bedeutung haben. Zudem benötige das Land eine Fortbildungsinitiative für den Bereich Inklusion und eine wesentlich stärkere Einbeziehung der Hochschulen in die Fortbildung. Dafür müssten die Fortbildungsbudgets erhöht und Lehrkräften auch in der Arbeitszeit Möglichkeiten der Fortbildung eröffnet werden. Die Verzahnung der Phasen müsse vorangetrieben und finanziell sowie strukturell auskömmlich abgesichert werden.

Das ZLB stellte fest, kein Bundesland sei den Weg gegangen, Inklusion allein mit einer Erhöhung der sonderpädagogischen Anteile am Studium zu beantworten. Zum einen würden bundesweit verschiedene Dimensionen von Heterogenität sowie deren Verschränkung berücksichtigt. Zum anderen sei der Auftrag, inklusionsorientiert zu professionalisieren, an alle für die Lehrerbildung zuständigen Disziplinen adressiert und insbesondere mit einer grundsätzlichen Stärkung der Bildungswissenschaften und der Fachdidaktiken verbunden. Initiativen in einzelnen Bundesländern zielten auf die vollständige Ersetzung eines fachwissenschaftlichen Studienteils durch ein Fach „Inklusion“ in allen allgemein bildenden Lehrämtern.

5. Langzeitpraktika

Die GEW führte aus, Praktika dienen durch einen engen Bezug zum Studium der theoriegeleiteten Erkundung des Berufsfeldes Schule und damit der Professionalisierung von angehenden Lehrerinnen und Lehrern. Langzeitpraktika seien nur legitim, wenn die den Praktika zugewiesene Funktion der Professionalisierung von angehenden Lehrkräften durch theoretisch gerahmte und universitär begleitete Praxiserfahrungen geleistet werden könne. Dafür brauche es zusätzliche Ressourcen und ein abgestimmtes Konzept innerhalb der und mit den Hochschulen.

Dieser Auffassung schloss sich der Prorektor der Universität Greifswald in einer unaufgefordert eingesandten Stellungnahme an und ergänzt, Modellversuche an den lehrerbildenden Universitäten des Landes seien nicht bekannt, allerdings schienen diese für die Einführung eines Langzeitpraktikums unentbehrlich, um langfristig die Qualität und damit den effektiven Nutzen für Studierende in der Kompetenzentwicklung sicherzustellen. Entsprechend der hohen Bedeutung der praktischen Anteile sollte die Verpflichtung der Schulen zur Mitwirkung an der praktischen Ausbildung in der ersten Phase der Lehrerbildung im Lehrerbildungsgesetz stärker betont werden.

Das ZLB stellte hierzu fest, ein Langzeitpraktikum im Sinne eines praxis- und qualitätsorientierten Lehramtsstudiums brauche eine deutlich intensivere Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung, damit es für die Studierenden von Wert sei. Das allerdings fordere Personaleinsatz an Schule und Universität, der mit den bisher bestehenden Kapazitäten nicht zu bewältigen sei. Zudem hätten die Modularisierung und die Richtlinien der Bologna-Reform zu einem komplexen und schwierig abgestimmten Studienprogramm an der Universität Rostock geführt. Säule dessen seien feste Zeitpunkte für Praktika über das Studium verteilt, die hinsichtlich der Arbeitsbelastung der Studierenden mit Blick auf die Gesamtanforderung austariert seien. Eine studienbegleitende Lösung sei nicht vorgesehen und ließe sich nur mit erheblichen gesamtuniversitären Nachjustierungen realisieren. Die studienorganisatorische Umsetzung an den anderen lehrerbildenden Standorten in Mecklenburg-Vorpommern sei offen.

6. Absenkung der ECTS-Punkte

Seitens des ZLB werde es als problematisch angesehen, dass Sprecherziehung als verpflichtender Ausbildungsbestandteil für alle Lehrämter entfalle und keine ECTS-Punkte für Sprecherziehung vorgesehen seien.

Aus Sicht der GEW sollten die Leistungspunkte nicht nur auf die Sonderpädagogik, die eine wichtige Wissensdomäne der inklusionsorientierten Bildungswissenschaften sei, sondern auf alle Bildungswissenschaften und Fachdidaktiken verteilt und zusätzliche Leistungspunkte in allen Lehrämtern bereit gestellt werden. Über „Behinderung“ hinaus müssten weitere Heterogenitätsdimensionen und deren Wechselwirkungen in den Blick genommen werden. Inklusion sei nicht teilbar und könne nur in gemeinsamer Verantwortung der beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen bearbeitet werden. Sprecherziehung und Berufs-/Studienvorbereitung seien wichtige Themen der Lehrerbildung und müssten mit Leistungspunkten versehen werden. Wenn sie, wie vorgesehen, aus der ersten Phase genommen würden, müssten sie in den folgenden Phasen Thema werden.

Der Prorektor der Universität Greifswald hob hervor, dass eine Absenkung der ETCS-Punkte für den Bereich Sonderpädagogik für die Universität Greifswald keine studienorganisatorische Verbesserung bewirken werde. Die Universität habe sich in der Gestaltung der Module an der Resolution Bologna 2.0 orientiert und bevorzuge daher eine Punktevergabe in einem Fünferschritt. Es werde angeregt, flexiblere Regelungen zu diskutieren, die den unterschiedlichen Studienstrukturen der Universitäten des Landes entgegenkommen. Des Weiteren werde darauf verwiesen, dass Studienbestandteile, die verpflichtend zu belegen seien, mit Leistungspunkten versehen werden müssten und dementsprechend in die quantitative Gesamtbelastung der Studierenden einzubeziehen seien. Dementsprechend habe die Universität Greifswald die Sprecherziehung, die einen wesentlichen Aspekt der Gesundheitsförderung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer darstelle, in die Leistungspunktevergabe einbezogen.

7. Schulartgebundene Lehramtsausbildung

Seitens der GEW werde eine schulstufenbezogene Ausbildung von Lehrkräften favorisiert. Zur Begründung ist darauf verwiesen worden, dass es keine schulform-bezogenen Didaktiken mehr gebe. Vielmehr stellten sich die unterrichtlichen, erzieherischen, planerischen, diagnostischen und anderen Herausforderungen des Lehrberufes der Zukunft in erster Linie alters- und jahrgangsspezifisch dar. Darüber hinaus seien Stufenlehrerinnen und Stufenlehrer flexibler einsetzbar. Zudem werde auf den Bericht der Expertenkommission „Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens“ vom Juni 2008 verwiesen, in dem ausgeführt werde: „An den Universitäten des Landes werden gegenwärtig noch Lehrämter ausgebildet, die nicht der Struktur des Schulwesens entsprechen. Überlegungen, einige Lehrämter auslaufen zu lassen, andere jedoch schulartbezogen zu erhalten, greifen zu kurz. Deshalb wird empfohlen, folgende stufenbezogene Lehrämter einzuführen und im Lehrerbildungsgesetz zu regeln: a) Lehramt Grundschule (Unterrichtskompetenz 1 - 6), b) Lehramt Sekundarstufe A (Unterrichtskompetenz 5 - 10), c) Lehramt Sekundarstufe B (Unterrichtskompetenz 7 - 12/13), d) Lehramt Berufliche Schulen (wie bislang), e) Lehramt Sonderpädagogik (zwei sonderpädagogische Fachrichtungen als Erstfach und die Neueinführung in den Fachrichtungen Lernen und emotionale und soziale Entwicklung als Zweitfach der Lehrämter a - d). Es soll möglich sein, durch modulare Zusatzstudien die Unterrichtskompetenz während der Berufstätigkeit sowohl inhaltlich (in Bezug auf die fachliche Lehrbefähigung) als auch jahrgangsbezogen ausdehnen zu können. Diese Formen der Weiterbildung sollen in vertraglicher Abstimmung zwischen dem Landesinstitut für Bildung und lebenslanges Lernen und möglichen anderen Anbietern (z. B. Universitäten) geregelt werden. Das Lehramt für Gesamtschulen fehlt.“

Das ZLB teilte in seiner Stellungnahme mit, es halte die Einteilung der Lehrämter wie bisher nur bedingt für zweckmäßig. Beibehalten werden sollten die Lehrämter für die Förderschulen und die Beruflichen Schulen. Um eine höhere Flexibilität des Einsatzes der Lehrer zu ermöglichen, wären Stufenlehrer mit Überlappungen der Jahrgangsstufen sinnvoll. Das würde vor allem die Einsatzmöglichkeiten der Lehrer erhöhen, zumal sich in Mecklenburg-Vorpommern eine Entwicklung zu mehr Kooperativen und Integrierten Gesamtschulen abzeichne. Lehrer sollten ausgebildet werden für die Grundschule, die Sekundarstufe I (Klassen 5 - 10) und die Sekundarstufe I und II (Klassen 8 - 12). Bei dieser Variante sei gesichert, dass Lehrer der Sekundarstufe I bei Bedarf auch an Gymnasien und an Kooperativen sowie Integrierten Gesamtschulen von Klasse 7 - 10 arbeiten könnten und Lehrer der Sekundarstufe I und II eine typische Ausbildung für die gymnasiale Oberstufe

(Klasse 11 und 12) hätten, aber in gleicher Weise in anderen Schulformen in den Klassenstufen 8 - 10 unterrichten könnten.

Der Philologenverband vertrat mit Nachdruck die Auffassung, die schulartgebundene Lehramtsausbildung beizubehalten. Der Unterricht an Regionalen Schulen und Gymnasien verfolge sehr unterschiedliche Ziele und stelle unterschiedliche Anforderungen an die Lehrenden.

II. Wesentliche Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Die Fraktionen der SPD und CDU haben beantragt, der bisherigen Ziffer 1 eine neue Ziffer 1 mit folgendem Wortlaut voranzustellen: „1. § 1 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Das Land legt mindestens einmal alle fünf Jahre eine schulart- und fächerspezifische Lehrbedarfsplanung mit einer Planungsperiode von mindestens 15 Jahren als Grundlage für die Ausbildungsplanung vor.““

Die Koalitionsfraktionen begründeten, angesichts der stabilen Schülerzahlprognose und einer damit verlässlichen Planungsbasis sei es nicht erforderlich, das bislang vorgeschriebene Intervall von zwei Jahren für die Vorlage einer validen Lehrbedarfsplanung aufrecht zu erhalten. Die Festlegung einer mindestens einmaligen Erhebung alle fünf Jahre schaffe eine zuverlässige Planungssicherheit und sei daher ausreichend.

Dieser Antrag ist einvernehmlich bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung seitens der Fraktion DIE LINKE und bei Abwesenheit der Fraktion der NPD angenommen worden.

Nach Annahme dieses Antrages ist die redaktionelle Änderung, dass die bisherigen Nummern 1 bis 14 des Gesetzentwurfes der Landesregierung zu den Nummern 2 bis 15 werden, einstimmig beschlossen worden.

Im Rahmen der Beratungen hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, in Artikel 1 Nummer 1 den § 2 Abs. 5 wie folgt neu zu fassen:

„(5) Die Lehrbefähigung für ein Lehramt nach § 6 kann auch erworben werden, wenn ein mit einem Mastergrad oder einem vergleichbaren Abschluss abgeschlossenes anderes Hochschulstudium als ein Lehramtsstudium vorliegt und aus dem Abschluss zwei Fächer des entsprechenden Lehramtes abgeleitet werden können. Voraussetzung zur Beschäftigung im Schuldienst ist, dass eine berufsbegleitende pädagogisch-didaktische Qualifizierungsmaßnahme oder ein berufsbegleitendes Referendariat mit Beginn der Tätigkeit aufgenommen wird. Die pädagogisch-didaktische Qualifizierung oder das berufsbegleitende Referendariat erfolgen in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung unter Beteiligung des Zentrums für Lehrerbildung auf der Grundlage eines den Standards der Kultusministerkonferenz für die Lehrerbildung entsprechenden Ausbildungskonzepts. Den Erwerb der Lehrbefähigung für Personen, die eine berufsbegleitende pädagogisch-didaktische Qualifizierung erfolgreich absolviert haben, stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf der Grundlage einer Einschätzung des Lehrerprüfungsamtes unter Beteiligung der Schulleitung und der Mentorinnen und Mentoren fest. Lehrkräfte, die über die Voraussetzungen nach Satz 1 verfügen und die mindestens fünf Jahre hauptberuflich erfolgreich im Schuldienst tätig sind, kann eine Lehrbefähigung nach § 6 auf der Grundlage einer Einschätzung durch das Lehrerprüfungsamt unter Beteiligung der Schulleitung zuerkannt werden.“

Dieser Antrag ist damit begründet worden, dass eine berufsbegleitende pädagogisch-didaktische Qualifizierung oder ein berufsbegleitendes Referendariat zwingende Voraussetzung zur Erlangung eines Lehramtes sei. Die berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen müssten mit Beginn der Tätigkeit einsetzen und die Bereitschaft der Bewerberinnen und Bewerber, daran teilzunehmen, müsse eine zwingende Voraussetzung für die Einstellung sein. Die Möglichkeit, erst nach einer mindestens fünfjährigen Beschäftigung im Schuldienst eine berufsbegleitende Qualifizierung zu erhalten, sei weder für die Beschäftigte bzw. den Beschäftigten sinnvoll, noch für die Schulen unter Beachtung der KMK-Vorgaben zu vertreten. Das Ausbildungskonzept solle in Zusammenarbeit mit dem ZLB erarbeitet werden, um die aktuellen Erfahrungen der Bildungswissenschaften zu berücksichtigen. Da bereits gegenwärtig Personen unter den Voraussetzungen des Abs. 5 im Schuldienst hauptberuflich beschäftigt seien, solle für sie die Zuerkennung einer Lehrbefähigung erfolgen, wenn sie bereits fünf Jahre als Lehrkraft beschäftigt seien und eine fachliche Beurteilung eine Weiterbeschäftigung ohne weitere Qualifizierungsmaßnahmen empfehlen.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist beantragt worden, in § 2 Abs. 5 Satz 2 zu streichen und nach Satz 1 folgende Sätze 2 und 3 einzufügen: „Die Voraussetzungen hierfür sind die berufsbegleitende Qualifizierung in den für das entsprechende Lehramt relevanten Studienbestandteilen der Fachdidaktik und Bildungswissenschaften nach § 6, ein verkürzter berufsbegleitender Vorbereitungsdienst mit einer Dauer von sechs Monaten und der erfolgreiche Abschluss der Zweiten Staatsprüfung. Nachgewiesene Qualifikationen werden durch das Lehrerprüfungsamt auf den Qualifizierungsbedarf nach Satz 2 angerechnet, wenn eine Gleichwertigkeit zu den Studieninhalten besteht.“

Dieser Antrag ist damit begründet worden, dass die fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Ausbildung durch eine fünfjährige Berufserfahrung nicht zu ersetzen sei. Sie sei Voraussetzung dafür, dass die pädagogische Qualität an den Schulen gewahrt bleibe. Die Voraussetzung einer entsprechenden berufsbegleitenden Qualifizierung stelle zugleich sicher, dass keine Abwertung des grundständigen Lehramtsstudiums durch Umgehungsmöglichkeiten erfolge. Die neue Regelung ersetze die bisherige allgemeine Formulierung des Gesetzentwurfes durch eindeutige Vorgaben. Dabei werde ermöglicht, dass bereits erworbene Qualifikationen, z. B. durch Fortbildungen, anerkannt werden. Für Lehrkräfte mit mindestens fünfjähriger Berufserfahrung sei ein verkürzter Vorbereitungsdienst ausreichend. Nicht verzichtbar sei der Nachweis der entsprechenden Fähigkeiten, die im Vorbereitungsdienst erworben werden sollen. Die im Gesetzentwurf geplante Anerkennung durch das Ministerium auf Grundlage einer Einschätzung der Schulleitung lege keine einheitlichen und verbindlichen Regelungen fest und könne daher zu einer erheblichen Ungleichbehandlung führen. Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bestünden hier grundsätzliche rechtliche Bedenken und Prozessrisiken. Stattdessen solle die Lehrbefähigung durch den erfolgreichen Abschluss der Zweiten Staatsprüfung erworben werden, für die verbindliche Verfahren und Anforderungen existierten.

Dieser Antrag ist bei Zustimmung seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion DIE LINKE sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Die Koalitionsfraktionen haben beantragt, § 2 Abs. 5 wie folgt zu fassen:

„(5) Die Lehrbefähigung für ein Lehramt nach § 6 kann auch erworben werden durch eine hauptberufliche, den Studienfächern entsprechende Tätigkeit von mindestens fünf Jahren als Lehrkraft an einer öffentlichen Schule oder einer Schule in freier Trägerschaft im Anschluss an ein mit einem Mastergrad oder einem vergleichbaren Abschluss abgeschlossenes anderes Hochschulstudium als ein Lehramtsstudium, wenn aus dem Abschluss zwei Fächer des entsprechenden Lehramtes abgeleitet werden können. Den Erwerb der Lehrbefähigung stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter anderem auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Schulleitung fest, die diese insbesondere durch Unterrichtsbesuche gewonnen hat. Soweit im Einzelfall, insbesondere bei neu eingestellten Lehrkräften, erforderlich, können zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen festgelegt werden. Die berufsbegleitende Qualifizierung erfolgt in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung auf der Grundlage eines die Standards der Lehrerbildung berücksichtigenden Ausbildungskonzepts. Die Schulen sind verpflichtet, die Qualifizierung zu unterstützen und zu begleiten. Die mindestens fünfjährige hauptberufliche Tätigkeit als Lehrkraft kann durch einen berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst ersetzt werden. Diese Regelung findet in Verbindung mit Absatz 6 sinngemäß auch auf Absolventinnen und Absolventen mit Lehramtsabschluss Anwendung, die ein anderes Lehramt erwerben wollen.“

Zur Begründung ist angeführt worden, die Ergänzung, dass die Einschätzung der betreffenden Lehrkräfte durch die Schulleitung insbesondere auf Unterrichtsbesuchen basiere, erfolge aus Gründen der Präzisierung. Die Verantwortung der Schulen für die Unterstützung und Begleitung einer punktuell vor allem bei neu eingestellten Lehrkräften erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen werde ausdrücklich hervorgehoben. Des Weiteren werde auch an dieser Stelle ausdrücklich betont, dass das der Qualifizierungsmaßnahme zugrundeliegende Ausbildungskonzept mit den Standards der Lehrerbildung korrespondieren.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen seitens der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD angenommen worden.

Die Fraktion DIE LINKE hat weiterhin beantragt, § 2 Abs. 6 wie folgt neu zu fassen:

„(6) Steht für die Besetzung einer Stelle keine Lehrkraft mit einer Lehramtsbefähigung zur Verfügung, können zur Sicherung der Unterrichtsversorgung Personen, die über ein Hochschulstudium mit nur einem Fach gemäß Abs. 5 Satz 1 oder über keinen Hochschulabschluss verfügen, beschäftigt werden. Voraussetzung zur Beschäftigung im Schuldienst ist die Aufnahme einer berufsbegleitenden pädagogisch-didaktischen Qualifizierungsmaßnahme oder eines berufsbegleitenden Referendariats mit Beginn der Tätigkeit, die zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation führt. Die pädagogisch-didaktische Qualifizierung oder das berufsbegleitende Referendariat erfolgen in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung unter Beteiligung des Zentrums für Lehrerbildung auf der Grundlage eines den Standards der Kultusministerkonferenz für die Lehrerbildung entsprechenden Ausbildungskonzepts.“

Den Erwerb der Lehrbefähigung für Personen, die eine berufsbegleitende pädagogisch-didaktische Qualifizierung erfolgreich absolviert haben, stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf der Grundlage einer Einschätzung des Lehrerprüfungsamtes unter Beteiligung der Schulleitung und der Mentorinnen und Mentoren fest. Lehrkräften, die über die Voraussetzungen nach Abs. 1 verfügen und die mindestens acht Jahre hauptberuflich erfolgreich im Schuldienst tätig sind, kann eine Lehrbefähigung nach § 6 auf der Grundlage einer Einschätzung durch das Lehrerprüfungsamt und der Beteiligung der Schulleitung zuerkannt werden.“

Dieser Antrag wurde damit begründet, dass eine berufsbegleitende pädagogisch-didaktische Qualifizierung oder ein berufsbegleitendes Referendariat zwingende Voraussetzungen zur Erlangung eines Lehramtes seien. Die berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen müssten mit Beginn der Tätigkeit einsetzen und die Bereitschaft der Bewerberinnen und Bewerber, daran teilzunehmen, müsse eine zwingende Voraussetzung für die Einstellung sein. Die bisherige Voraussetzung einer mindestens achtjährigen hauptberuflichen Beschäftigung im Schuldienst könne keine Voraussetzung sein, weil hier lediglich auf eine Zeitspanne abgestellt werde. Die Möglichkeit, erst nach einer mindestens achtjährigen Beschäftigung im Schuldienst eine berufsbegleitende Qualifizierung zu erhalten, sei weder für die Beschäftigte bzw. den Beschäftigten sinnvoll, noch für die Schulen unter Beachtung der KMK-Vorgaben zu vertreten. Das Ausbildungskonzept solle in Zusammenarbeit mit dem ZLB erarbeitet werden, um die aktuellen Erfahrungen der Bildungswissenschaften zu berücksichtigen. Da bereits gegenwärtig Personen unter den Voraussetzungen des Absatzes 6 im Schuldienst hauptberuflich beschäftigt seien, solle für sie die Zuerkennung einer Lehrbefähigung erfolgen, wenn sie bereits acht Jahre als Lehrkraft beschäftigt seien und eine fachliche Beurteilung eine Weiterbeschäftigung ohne weitere Qualifizierungsmaßnahmen empfehle.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ebenfalls beantragt worden, § 2 Abs. 6 zu ändern. Nach Auffassung der Fraktion sollte Satz 2 wie folgt gefasst werden. „Die Voraussetzungen hierfür sind eine mindestens achtjährige hauptberufliche Lehrtätigkeit und die berufsbegleitende Qualifizierung in den für das entsprechende Lehramt relevanten Studienbestandteilen nach § 6, ein verkürzter berufsbegleitender Vorbereitungsdienst mit einer Dauer von 6 Monaten und der erfolgreiche Abschluss einer der Ersten und Zweiten Staatsprüfung vergleichbaren Theorie- und Praxisprüfung.“ Nach Satz 2 sollten folgende neue Sätze 3 und 4 eingefügt werden: „Nachgewiesene Qualifikationen werden durch das Institut für Qualitätsentwicklung auf den Qualifizierungsbedarf nach Satz 2 angerechnet, wenn eine Gleichwertigkeit zu den Studieninhalten besteht. Nachgewiesene Prüfungsleistungen werden durch das Institut für Qualitätsentwicklung als Teilprüfung anerkannt, wenn eine Gleichwertigkeit zu den Prüfungsinhalten besteht.“ Weiterhin sollten die bisherigen Sätze 3 und 4 gestrichen und nach Satz 5 folgender Satz 6 eingefügt werden: „Für Personen ohne Lehrbefähigung, die eine Ausbildung als Freundschaftspionierleiterin bzw. Freundschaftspionierleiter oder Erzieherin bzw. Erzieher nach DDR-Recht abgeschlossen und eine mindestens 20-jährige hauptberufliche Lehrtätigkeit an einer allgemein bildenden oder beruflichen Schule absolviert haben, gilt Abs. 6 unabhängig von einer möglichen Besetzung der Stelle durch eine Lehrkraft mit einer Lehramtsbefähigung.“

Die Fraktion hat ihren Änderungsantrag damit begründet, dass die fachliche, fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Ausbildung durch eine achtjährige Berufserfahrung nicht zu ersetzen sei. Sie sei die Voraussetzung dafür, dass die pädagogische Qualität an den Schulen gewahrt bleibe. Die Voraussetzung einer entsprechenden berufsbegleitenden Qualifizierung

stelle zugleich sicher, dass keine Abwertung des grundständigen Lehramtsstudiums durch Umgehungsmöglichkeiten erfolge. Die neue Regelung ersetze die bisherige allgemeine Formulierung des Gesetzentwurfes durch eindeutige Maßgaben. Dabei werde ermöglicht, dass bereits erworbene Qualifikationen und nachgewiesene Prüfungsleistungen anerkannt würden. Für Lehrkräfte mit mindestens achtjähriger Berufserfahrung sei ein verkürzter Vorbereitungsdienst ausreichend. Nicht verzichtbar sei der Nachweis der entsprechenden Fähigkeiten, die im Vorbereitungsdienst erworben werden sollten. Die im Gesetzentwurf geplante Anerkennung durch das Ministerium auf Grundlage einer Einschätzung der Schulleitung lege keine einheitlichen und verbindlichen Regelungen fest und könne daher zu einer erheblichen Ungleichbehandlung führen. Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestünden hier grundsätzliche rechtliche Bedenken und Prozessrisiken. Stattdessen solle die Lehrbefähigung durch den erfolgreichen Abschluss einer Prüfung erworben werden, für die verbindliche Verfahren und Anforderungen existierten. Das erklärte Ziel, Personen, die eine Ausbildung als Freundschaftspionierleiterin bzw. Freundschaftspionierleiter oder Erzieherin bzw. Erzieher nach DDR-Recht abgeschlossen hätten und z. T. bereits mehrere Jahrzehnte als Lehrkräfte tätig seien, den Aufstieg in eine höhere Entgeltgruppe zu ermöglichen, werde durch den Gesetzentwurf bislang nicht gewährleistet. Die Formulierung in Satz 1 beschränke die Aufstiegsmöglichkeit stark. Anders als öffentlich kommuniziert, sei die Voraussetzung für eine Aufstiegsmöglichkeit dieser Personengruppen an die Bewerbungssituation gebunden. Wenn der Gesetzentwurf auf eine Anerkennung der Leistungen dieser erfahrenen Lehrkräfte abziele, müssten sie von der Einschränkung nach Satz 1 ausgenommen werden. Die logische Folge sei, dass mit Erreichen der notwendigen Qualifikation auch eine entsprechende Hebung der Stelle im Stellenplan erfolge. Aufgrund des mehrjährigen Qualifikationsprozesses sei eine entsprechende Berücksichtigung im Haushalt möglich.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE LINKE sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Die Koalitionsfraktionen haben ebenfalls beantragt, den § 2 Abs. 6 neu zu fassen: „(6) Soweit für die Besetzung einer Stelle keine Lehrkraft mit einer Lehramtsbefähigung zur Verfügung steht, kann zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für Personen, die über ein Hochschulstudium mit nur einem Fach gemäß Abs. 5 Satz 1 oder keinen Hochschulabschluss verfügen, ein besonderes Verfahren zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation durchgeführt werden. Voraussetzung hierfür ist grundsätzlich eine mindestens siebenjährige hauptberufliche Lehrtätigkeit, im Falle von Personen ohne Hochschulabschluss eine mindestens zehnjährige hauptberufliche Lehrtätigkeit. Soweit im Einzelfall, insbesondere bei neu eingestellten Lehrkräften, erforderlich, können zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen festgelegt werden. Die berufsbegleitende Qualifizierung erfolgt in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung auf der Grundlage eines die Standards der Lehrerbildung berücksichtigenden Ausbildungskonzepts. Die Schulen sind verpflichtet, die Qualifizierung zu unterstützen und zu begleiten.“

Den Erwerb der Lehrbefähigung stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter anderem auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Schulleitung fest, die diese insbesondere durch Unterrichtsbesuche gewonnen hat. Wer die einem Lehramt gleichgestellte Qualifikation erwirbt, erlangt zugleich auch die dem jeweiligen Lehramt entsprechende Befähigung für die Laufbahnen der Fachrichtung Bildungsdienst.

Zur Begründung ist ausgeführt worden, Abs. 6 enthalte die Option einer Bewährung durch schulpraktische Tätigkeit als eine unter bestimmten Voraussetzungen greifende relevante Kompensationsleistung als Kern der Gesetzesnovelle. Die Änderung bestehe darin, dass der zeitliche Umfang der Bewährung sich fallgruppendifferenziert gestalte. Statt einer pauschalen Festlegung werde eine Unterscheidung getroffen zwischen Personen, die über ein Hochschulstudium mit nur einem Fach und denen, die über keinen Hochschulabschluss verfügten. Voraussetzung für den Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation sei bei der ersten Gruppe eine siebenjährige und bei der zweiten Gruppe eine zehnjährige hauptberufliche Tätigkeit. Angesichts der divergenten akademischen Vorbildung sei die vorgenommene Differenzierung geboten. Darüber hinaus werde wie in Abs. 5 die Verantwortung der Schulen bei der Umsetzung der Maßnahmen hervorgehoben.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD angenommen worden.

Seitens der Fraktion DIE LINKE ist bezweifelt worden, dass der Begriff „unter anderen“ in § 6 Abs. 2 dem Bestimmtheitsgebot eines Gesetzes entspreche. Es sei fraglich, was außer einer Einschätzung der Schulleitung zum Erwerb der Lehrbefähigung notwendig sei.

Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat hierzu ausgeführt, eine Streichung der Wörter „unter anderem“ hätte zur Folge, dass ausschließlich aufgrund der Einschätzung der Schulleitung über den Erwerb der Lehrbefähigung entschieden werde. Das sei nicht gewollt. Wenn man die Wörter „unter anderem auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Schulleitung, die diese insbesondere durch Unterrichtsbesuche gewonnen hat“ streichen würde, wäre die Regelung noch unbestimmter. Vor diesem Hintergrund werde mit der vorgeschlagenen Formulierung gesichert, dass die Schulleitung eine erhebliche Entscheidung darüber habe, ob es zum Erwerb der Lehrbefähigung komme. Immerhin sei das Unterrichten Kernaufgabe eines Lehrers. Die Wörter „unter anderem“ seien so verstehen, dass auch weitere von der qualitativen Durchdringung äquivalente Beurteilungsmaßstäbe herangezogen werden sollten. Dazu zähle beispielsweise auch die Frage, welche Qualifikationen absolviert worden seien. Insofern erhöhe die vorgeschlagene Formulierung die Bestimmtheit des Gesetzes.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, diese Frage vor der abschließenden Beratung des Lehrerbildungsgesetzes schriftlich zu beantworten, ist mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD mit der Begründung abgelehnt worden, zu dieser Frage sei bereits alles Notwendige dargestellt worden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat außerdem vorgeschlagen nach § 2 Abs. 6 einen neuen Abs. 7 einzufügen: „(7) Für Qualifizierungen nach Abs. 5 und 6 werden den Lehrkräften und ihren Mentorinnen und Mentoren durch Rechtsverordnung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Anrechnungsstunden im angemessenen Umfang gewährt.“

Die Begründung für diesen Antrag lautete, dass Qualifizierungen zum Teil mit erheblichem zeitlichen Aufwand verbunden seien. Auch die Betreuung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger durch Lehrkräfte könne mit höheren zeitlichen Anforderungen verbunden sein als bei Lehramtsstudierenden. Daher sei ein Rechtsanspruch auf Abminderung nötig.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Außerdem hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, § 2 Abs. 8 wie folgt neu zu fassen:
„(8) Die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen werden auf der Grundlage der von der Kultusministerkonferenz festgelegten Standards der Lehrerbildung in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern und der Schulen im Land durchgeführt. Das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung berät und unterstützt diese Arbeit konzeptionell.“

Zur Begründung ist angeführt worden, es müsse insbesondere bei den in den Absätzen 5 und 6 vorgesehenen Qualifizierungsmaßnahmen sichergestellt werden, dass nicht von den Standards der KMK zur Lehrerbildung abgewichen werden könne.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Die Koalitionsfraktionen haben ebenfalls beantragt § 2 Abs. 8 neu zu fassen: „(8) Die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen werden in Verantwortung des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung berät und unterstützt diese Arbeit. Die nähere Ausgestaltung des Verfahrens der Qualifizierung gemäß den Absätzen 5 und 6, insbesondere zu Zulassung und Auswahl der zu qualifizierenden Beschäftigten sowie zur Prüfung des Qualifizierungserfolges erfolgt durch Rechtsverordnung auf Grundlage des § 20 Abs. 2 Nummer 3.“

Zur Begründung ist angeführt worden, Abs. 8 regle, dass die Verantwortung für die Maßnahmen beim Institut für Qualitätsentwicklung liege. Um dies explizit herauszustellen, werde auf die Nennung der Schulen in diesem Kontext verzichtet. Dass die Schulen damit nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern im Gegenteil zur konkreten Mitarbeit in diesem Bereich verpflichtet seien, gehe aus der Änderung in § 2 Absätze 5 und 6 hervor. Gestrichen sei die Festlegung worden, dass das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung die Arbeit des Instituts für Qualitätsentwicklung lediglich im Bereich des Konzeptionellen unterstütze, da dies eine Eingrenzung in der Gestaltung der Kooperation bedeuten würde. Die nähere Ausgestaltung des Verfahrens der Qualifizierung gemäß den Absätzen 5 und 6 erfolge durch Rechtsverordnung auf Grundlage des § 20 Abs. 2 Nummer 3.

Dieser Antrag ist einvernehmlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung seitens der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD angenommen worden.

Sowohl seitens der Koalitionsfraktionen als auch seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist beantragt worden, in § 4 Abs. 4 Satz 1 nach dem Wort „Hochschulen“ die Wörter „im Benehmen mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung“ einzufügen.

Zur Begründung ist angeführt worden, der Zusatz, dass die Hochschulen die Studien- und Prüfungsordnungen im Benehmen mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung beschließen, unterstreicht dessen prominente Rolle in den Prozessen der Lehrerbildung.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist beantragt worden, in Artikel 1 die Nummer 4 zu streichen.

Dieser Antrag ist damit begründet worden, dass zur Streichung der Sprecherziehung als Pflichtbestandteil der Lehrerbildung in der Begründung des Gesetzentwurfes ausgeführt werden, Lehramtsstudierende könnten „ihre Sprechfähigkeiten auch durch entsprechende Auftritte im Studium entwickeln.“ Diese Begründung offenbare ein Fehlverständnis des Fachgebietes. Sprecherziehung zielt auf eine situationsadäquate Kommunikation ab. Die Sprechsituation Schulunterricht lasse sich nicht ohne jegliche begleitende Ausbildung durch Sprachpraxis bei akademischen Vorträgen oder Wortbeiträgen „von selbst“ erlernen. Ein wesentlicher Bestandteil des Faches sei die Sprechtechnik. Eine entsprechende Ausbildung solle angehenden Lehrkräften ermöglichen, ihre hohen Belastungen ausgesetzte Stimme richtig einzusetzen. Dies sei nicht zuletzt ein wichtiger Baustein der Gesundheitsvorsorge. Funktionelle Stimmstörungen durch Fehl- und Überbelastungen könnten so vermieden werden. Forschungen zeigten, dass entsprechende Störungen bei Lehrkräften aus der DDR, die eine obligatorische Stimmausbildung absolviert hätten, vergleichsweise selten seien, während sich für Lehrkräfte ohne Stimmausbildung deutlich höhere Werte andeuteten. Nach einer Untersuchung von Prof. Norbert Gutenberg (Universität Saarland) leide etwa die Hälfte der Lehrkräfte an Stimmstörungen. Neben dem gesundheitlichen Aspekt sei der richtige Einsatz der Stimme auch von erheblicher pädagogischer Bedeutung. Hinzu komme, dass selbst wenn bei allen Lehramtsstudierenden eine „hinreichende politische Grundbildung“ (Begründung Gesetzentwurf) bereits bestehen sollte, dies noch nicht mit der Fähigkeit gleichzusetzen sei, diese adäquat in der Schule zu vermitteln. In nahezu allen Fächern, auch in den Naturwissenschaften, könnten politische, ethische oder philosophische Fragestellungen auftreten. Lehrkräfte sollten daher nach wie vor Grundlagen für die Vermittlung erlernen. Auch der obligatorische Anteil der Sonderpädagogik sei beizubehalten, da verbindliche Regelungen für das Lehramt Gymnasium im Gesetz fehlten. Alternativ könnte ein entsprechender Anteil in § 6 Abs. 1 Nummer 3 formuliert werden. In diesem Fall wäre der Umfang des fachbezogenen Studiums zu hinterfragen, der in anderen Bundesländern zugunsten der Bildungswissenschaften verringert worden sei. Dringend erforderlich sei die Untersetzung der Inhalte mit ECTS-Punkten.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Die Koalitionsfraktionen haben weiterhin beantragt in § 5 die Absätze 5 und 6 neu zu fassen: „(5) Alle vorgehaltenen Studienfächer im Lehramt an Gymnasien und im Lehramt an Regionalen Schulen müssen als gleichberechtigtes Erst- und Zweitfach studierbar sein. Die lehrerbildenden Hochschulen stellen sicher, dass alle Lehramtsstudienfächer auch als Beifächer studiert werden können. Über begründete Ausnahmen entscheidet auf Antrag das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Unbeschadet von Abs. 2 können Lehramtsstudierende im Rahmen der vorhandenen Hochschulkapazitäten mehr als die zwingend vorgeschriebene Anzahl von Unterrichtsfächern oder Lernbereichen studieren.

(6) In allen Lehrämtern sind die bildungswissenschaftlichen und praktischen Anteile grundsätzlich unter Berücksichtigung des Leitbildes der Inklusion auszugestalten. Sozialpädagogische und medienpädagogische Gesichtspunkte, einschließlich des Datenschutzes, sind in den Bildungswissenschaften zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollen Angebote für Sprecherziehung, Politische Bildung oder Politische Philosophie vorgehalten werden.“

Zur Begründung haben die Koalitionsfraktionen ausgeführt, der Hinweis, dass Lehramtsstudienfächer grundsätzlich auch als Beifächer studiert werden könnten, erfolge vor dem Hintergrund der notwendigen und nach Fallgruppen differenzierten Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte gemäß § 2 Absätze 5 und 6. Bei fehlender fachwissenschaftlicher Ausbildung sei eine Kompensation durch fachbezogene Studienleistungen erforderlich. Um deren Umfang individuell ausloten und festlegen zu können, sei die Option eines grundsätzlichen Vorhaltens des Studiums von Beifächern vonnöten. Im Übrigen werde vor dem Hintergrund der Hinweise der Expertinnen und Experten und angesichts des faktisch hohen Stellenwerts der Politischen Bildung bzw. der Politischen Philosophie für demokratische Gestaltungsprozesse dieser Bereich wieder aufgenommen. Dies gelte auch für die Sprecherziehung. Beide Bereiche hätten allerdings nur Angebotscharakter und fielen von daher aus dem ECTS-Punktebereich heraus. Die Hinzufügung des Datenschutzes sei erfolgt, da das Berufsfeld der Lehrerin oder des Lehrers zunehmend den Erwerb von Kompetenzen in diesem Bereich erforderlich mache.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist darauf hingewiesen worden, dass sich die Universitäten gegen die Wiedereinführung der Beifächer aussprechen würden. Außerdem könnten freiwillige Angebote, die nicht in den ECTS-Punktebereich fielen, von den Studentinnen und Studenten nicht innerhalb der Regelstudienzeit wahrgenommen werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit begrüßte ausdrücklich die Aufnahme des Datenschutzes als Bestandteil der Bildungswissenschaften.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen seitens der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD angenommen worden.

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, Artikel 1 Nummer 5 Buchstabe a) wie folgt neu zu fassen:

„a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Satz 3 wird die Angabe ‚22‘ durch die Angabe ‚21‘ ersetzt.

bb) In Nummer 2 Satz 1 werden die Worte ‚Lehramt an Regionalen Schulen‘ durch die Worte ‚Lehramt Sekundarstufe‘ ersetzt.

cc) In Nummer 2 Satz 3 wird die Angabe ‚22‘ durch die Angabe ‚21‘ ersetzt.

dd) In Nummer 2 Satz 1 werden die Worte ‚Lehramt an Gymnasien‘ durch die Worte ‚Lehramt Sekundarstufe I und II‘ ersetzt.

ee) Nummer 2 Buchstabe d und Nummer 3 Buchstabe d werden aufgehoben.“

Als Begründung ist angeführt worden, tendenziell stütze sich bundesweit das Schulrecht seit Jahren auf Bildungsgänge und nicht auf Schularten. Durch die stufenbezogene Ausbildung würde das Land Mecklenburg-Vorpommern den Bildungsgängen eine erhöhte Bedeutung beimessen. Die bisherige Einteilung der Lehrämter in das „Lehramt an Regionalen Schulen“ sowie das „Lehramt an Gymnasien“ widerspreche der notwendigen Flexibilität des Einsatzes der Lehrkräfte, vor allem unter Beachtung des perspektivischen Lehrkräftemangels. Um die Einsatzmöglichkeiten der Lehrerinnen und Lehrer zu erhöhen, sei es zweckmäßig, die Lehrkräfte als Stufenlehrerinnen und Stufenlehrer auszubilden. Die neuen Lehrämter gewährleisten den Einsatz der künftigen Lehrkräfte an Regionalen Schulen, Gesamtschulen sowie Gymnasien. Durch die Gesetzesänderung wäre gesichert, dass auch der fachbezogenen Didaktik, entsprechend der Bildungsgänge, in der Stufenlehrausbildung eine größere Bedeutung in der ersten Phase der Lehrerausbildung eingeräumt werde. Die angekündigte einheitliche Besoldung zeige, dass die hier zum Ausdruck kommende Anerkennung der vergleichbaren Anforderungen sogar besoldungsrechtlich zu einem verbesserten schulartübergreifenden Einsatz der Lehrkräfte führe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt nach Nummer 5 (a) Punkt cc) folgenden Punkt dd) einzufügen: „dd) In Nummer 3 werden die Sätze 2 und 3 wie folgt neu gefasst: ‚Die Fachwissenschaften umfassen 190 ECTS-Punkte sowie die Fachdidaktiken 30 ECTS-Punkte. Die Bildungswissenschaften umfassen 45 ECTS-Punkte, darunter 20 ECTS-Punkte Sonderpädagogik bzw. inklusionsbezogene Pädagogik.‘“

Begründet wurde dieser Antrag damit, dass für das Lehramt an Gymnasien bislang keine mit ECTS-Punkten versehenen sonderpädagogischen Studieninhalte vorgesehen seien. Mit dem Gesetzentwurf solle zudem die grundsätzliche Verpflichtung sonderpädagogischer Anteile nach § 5 Abs. 6 gestrichen werden. Es widerspreche dem Inklusionsgedanken, dass eine Schulart hiervon grundsätzlich ausgenommen werden solle. Schon heute beklagten Studierende des Lehramtes Gymnasium mit Blick auf die Inklusion, dass entsprechende Studieninhalte fehlten. Dabei gebe es bereits jetzt auch an Gymnasien Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Förderbedarf.

Dieser Antrag ist bei Zustimmung seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE sowie Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Seitens der Koalitionsfraktionen ist beantragt worden in § 6 Abs. 3 nach dem Wort „Hochschulen“ die Wörter „in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung“ einzufügen.

Die Präzisierung, dass die Hochschulen ergänzende Module in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung anbieten, sei angesichts der hochschulübergreifenden Funktion des Zentrums geboten.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin beantragt worden, die Neufassung des Abs. 3 rückgängig zu machen und in Abs. 4 Satz 2 nach dem Wort „eines“ die Wörter „in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung erstellen“ einzufügen.

Mit diesem Änderungsantrag sollte unterstrichen werden, dass das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung für die Beratung und Koordinierung im Bereich der Lehrerbildung zuständig sei. Ausbildungskonzepte für die Nach- bzw. Zusatzqualifizierung von Lehrkräften sollten daher vom ZLB mitentwickelt werden.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NDP abgelehnt worden.

Die Fraktion DIE LINKE hat zudem beantragt, in Artikel 1 die Nummer 6 ersatzlos zu streichen. Die bisherigen Nummern 7 bis 14 werden die Nummern 6 bis 13.

Die Fraktion DIE LINKE hat hierzu festgestellt, in der Begründung zu Nummer 6 werde ausgeführt, dass die vorgesehene Änderung des § 7 Abs. 1 der „Beschlussempfehlung des Landtages vom Juni 2011“ entspreche. Dies sei so nicht zutreffend. In der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drucksache 5/4442) zum Entwurf des Lehrerbildungsgesetzes (Drucksache 5/4194) habe der Landtag einer EntschlieÙung zugestimmt, die auf Antrag der Fraktionen der CDU und SPD aufgenommen worden sei. Dort werde in Punkt II/2 ausgeführt: „Der Landtag unterstreicht die große Bedeutung des frühen Praxiskontaktes der Studierenden für ein Lehramt zur frühzeitigen Berufsfeldorientierung und praktischen Anwendung und Reflexion der im Studium erworbenen Kompetenzen. Daher wird das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur aufgefordert, im Umfeld der Hochschulstandorte Rostock und Greifswald mit interessierten Schulen einen Modellversuch zu starten. Bei diesem Modellversuch sollen die Studierenden einen erheblichen Teil der vorgeschriebenen und bisher als Block vorgesehenen Praktika in Form von Langzeitpraktika mit einem Umfang von sechs oder zwölf Monaten an einer Schule ableisten. Die Studierenden sollen dabei im wöchentlichen Umfang von 90 Minuten außerunterrichtliche Angebote unterbreiten oder als Unterrichtsassistenz zur Verfügung stehen. Darüber hinaus soll die Einrichtung einer internetbasierten Praktikumsbörse geprüft werden. Die Fahrtkosten der Studierenden sind aus dem Zukunftsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer zu erstatten. Die Studierenden sollen im Rahmen ihrer Langzeitpraktika auch betreute Hospitationserfahrungen machen.“ Damit sei die Durchführung eines Modellversuchs die Voraussetzung für die Einführung eines Langzeitpraktikums gewesen. Da dieser Modellversuch habe nicht durchgeführt werden können, könne der Gesetzentwurf in dieser Sache nicht geändert werden.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Des Weiteren ist von der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, in Artikel 1 die Nummer 7 wie folgt zu ändern: „In Abs. 3 werden nach den Worten ‚für das entsprechende Lehramt‘ die Worte ‚und das entsprechende Fach‘ eingefügt.“

Zur Begründung ist angeführt worden, es sei nicht ausreichend, wenn für die Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter bzw. Referendarinnen und Referendare an den Schulen Lehrkräfte eingesetzt würden, die lediglich über das entsprechende Lehramt verfügen müssten. Es sei erforderlich, dass sie auch eine Qualifizierung für die jeweilig auszubildenden Fächer/Fächerkombinationen besäßen. Gerade die Vermittlung fachspezifischer methodischer sowie didaktischer Fähigkeiten und Fertigkeiten sei erforderlich, um zukünftige Lehrkräfte auf ihren Beruf vorzubereiten.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Seitens der Koalitionsfraktionen ist beantragt worden, in § 9 den Abs. 3 neu zu fassen: „(3) Jede Schule, der eine Lehramtsanwärterin oder ein Lehramtsanwärter oder eine Referendarin oder ein Referendar zugewiesen wird, ist zur Ausbildung verpflichtet und hat diese durch ihr pädagogisches Personal sicherzustellen. Die Ausbildung soll durch Lehrkräfte erfolgen, die in den betreffenden Fächern die Befähigung für das entsprechende Lehramt erworben haben und über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung verfügen.“

Dazu ist darauf hingewiesen worden, dass eine praxisorientierte Ausbildung im Vorbereitungsdienst ein wesentliches Element eines konsequenten Berufsfeldbezugs darstelle. Die Mentorinnen und Mentoren seien dabei entscheidende Ratgeber und Begleiter im Prozess der Aneignung und Entwicklung unterrichtsbezogener Kompetenzen. Um diese Aufgabe adäquat wahrnehmen zu können, sei neben der formalen Befähigung für das jeweilige Lehramt auch eine Berufserfahrung erforderlich, die den betreuten Referendarinnen und Referendaren Sicherheit und Souveränität vermittele.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist beantragt worden, in Artikel 1 die Nummer 8 in der Weise zu ändern, dass nach Punkt 8 b) wird folgender neuer Punkt 8 c) eingefügt wird: „c) Nach Abs. 2 Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt: ‚Die Voraussetzungen hierfür sind die Qualifizierung in den für das entsprechende Lehramt relevanten Studienbestandteilen der Fachdidaktik und Bildungswissenschaften nach § 6 vor oder während des Vorbereitungsdienstes bzw. der Nachweis entsprechender Qualifikationen.‘“

Zur Begründung ist darauf verwiesen worden, dass nach dem bisherigen Lehrbildungsgesetz auch Personen mit einem Diplom-Abschluss (FH) nach dreijähriger Unterrichtspraxis einen Vorbereitungsdienst antreten könnten. Diese Regelung folge der Systematik für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger nicht konsequent, da sie - anders als etwa in § 14 Abs. 2 - keine weiteren Qualifizierungen oder Nachweise vorsehe. Ebenso sei nicht definiert, ob Diplom-Abschlüsse (FH) zu den gleichwertig anerkannten (§ 10 Abs. 1) oder vergleichbaren (§ 14 Abs. 2) Abschlüssen zählten oder eine eigenständige Gruppe bildeten. Daher sei hier eine Präzisierung notwendig. Grundsätzlich wäre eine vollständige Neuformulierung und Definition der Anerkennungsvoraussetzungen und -definitionen zu befürworten, da zwischen den §§ 5, 6, 10 und 14 Spannungsverhältnisse bestünden.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung seitens der Fraktion DIE LINKE sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Weiterhin hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, Artikel 1 Nummer 9 zu ändern und in § 11 „Zulassungsbeschränkungen“ Satz 2 wie folgt zu fassen: „Dabei können insbesondere die Zahl der zu besetzenden Ausbildungsplätze je Lehramt, das Zulassungsverfahren, einschließlich der Gewichtung der einzelnen Auswahlkriterien, Vorgaben zur Berücksichtigung von Fächern mit besonderem öffentlichen Bedarf, die Anerkennung des Umfangs der Wartezeit, bereits geleistete Unterrichtstätigkeiten an einer Schule im Sinne des Schulgesetzes sowie Kriterien für die Berücksichtigung besonderer Härtefälle geregelt werden.“

Dieser Änderungsantrag ist damit begründet worden, dass die Verordnungsermächtigung hinreichend konkret formuliert werden müsse, um den Willen des Gesetzgebers hinsichtlich der nachfolgenden Regelungen auszuweisen. Aus der Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Zulassung zum Vorbereitungsdienst durch „Boni“ Ausnahmen von einer Zulassungsbeschränkung vorzusehen, könnten rechtliche Probleme entstehen. Insbesondere die Bewertung der Eignung und Leistung der Bewerberinnen und Bewerber könnten zu juristischen Interpretationen führen. Die anderen Kriterien seien für Entscheidungen in der Sache hinreichend konkret bestimmbar, deshalb sei diese Passage ersatzlos zu streichen.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, in Artikel 1 die Nummer 10 in der Weise zu ändern, dass die bisherige Nummer 10 die Nummer 10a) wird und nach der Nummer 10a) folgende Nummer 10b) eingefügt wird: „b) Nach § 12 Abs. 3 wird folgender Abs. 4 eingefügt: „Der Vorbereitungsdienst kann auf sechs Monate verkürzt werden, wenn eine mindestens fünfjährige hauptberufliche Tätigkeit als Lehrkraft nach § 2 Abs. 5 oder eine mindestens achtjährige hauptberufliche Tätigkeit als Lehrkraft nach § 2 Abs. 6 nachgewiesen werden kann.““

Als Voraussetzung für den Erwerb der Lehrbefähigung als Seiteneinsteigerin oder Seiteneinsteiger sei aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine stark verkürzte Form des Vorbereitungsdienstes unter den Bedingungen der zu Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzentwurfes formulierten Änderungsanträge möglich. Anders als im Entwurf vorgesehen, sei er jedoch nicht vollständig verzichtbar. Auch mehrjährige Erfahrung könne die Reflexion und praktische Beratung nicht ersetzen. Ein stark verkürzter Vorbereitungsdienst solle einerseits gewährleisten, dass autodidaktisch angeeignete Methoden den didaktischen Ansprüchen, die an Lehrkräfte zu stellen seien, genügen und zugleich eine Vorbereitung auf die nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN notwendige Prüfung ermöglichen. Die entsprechende Regelung müsse systematisch auch in § 12 berücksichtigt werden.

Dieser Antrag ist mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD abgelehnt worden.

Die Koalitionsfraktionen haben den Antrag gestellt, § 20 Buchstabe a) wie folgt zu fassen:

„a) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Hochschulen regeln durch Satzung das Nähere zur Mitgliedschaft, zur inneren Organisation und zur Leitungsstruktur des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung und stellen die personelle Mindestausstattung sicher; die Universität Rostock verfügt im Direktorium über fünf, die Universität Greifswald über drei, alle anderen an der Lehrerbildung beteiligten Hochschulen über je eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet, mit Ausnahme von Angelegenheiten des § 3 Absatz 2 Ziffer 3, das mehrheitliche Votum der Vertreterinnen und Vertreter der Universität Rostock. Die Satzung bedarf der Zustimmung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.“

Der Zusatz, dass Beschlüsse des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung nicht gegen den Willen der Universität Rostock gefasst werden sollten, sei im Kontext der herausgehobenen Bedeutung dieser Hochschule für den Bereich der Lehrerbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu sehen. Die im Gesetzestext benannten Ausnahmen betreffen Berufungsvorgänge.

Dieser Antrag ist einvernehmlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, Stimmenthaltung seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD angenommen worden.

III. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zur Begründung der einzelnen Vorschriften wird - soweit sie im Verlauf der Ausschussberatungen nicht geändert wurden - auf die Begründung zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 6/2230, verwiesen. Hinsichtlich der vom Bildungsausschuss geänderten oder eingefügten Vorschriften wird auf die Begründungen zu den jeweiligen Änderungsanträgen verwiesen.

Der Bildungsausschuss hat mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung seitens der Fraktion DIE LINKE sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD beschlossen, vor der bisherigen Nummer 1 des Gesetzentwurfes der Landesregierung eine neue Nummer 1 einzufügen.

Der Bildungsausschuss hat mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD der geänderten Nummer 2 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat der Nummer 3 der Beschlussempfehlung einvernehmlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung seitens der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat der Nummer 4 der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD jeweils den geänderten Nummern 5, 6 sowie der Nummer 7 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat einvernehmlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD der geänderten Nummer 8 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD der Nummer 9 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD der Nummer 10 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD der Nummer 11 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat einvernehmlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD den Nummern 12 und 13 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat einvernehmlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE, Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD der geänderten Nummer 14 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat einvernehmlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD der Nummer 15 sowie der Artikel 2 und 3 der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Der Bildungsausschuss hat dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung mehrheitlich bei Zustimmung seitens der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der NPD zugestimmt.

Schwerin, den 4. Dezember 2013

Torsten Renz
Berichterstatter